



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 1 - V - 5 1 - 0 0 0 3**
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) IV, VI

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, Grundsatzvorlage zur Errichtung einer Kindertagesstätte in der Hellmundstraße 13-15

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
		<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Manjura
Stadtrat

Nehrbaß
Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 3.066.865,72
 in %: 3,50

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: 5.878.359,98
 in %: 7,40

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperte, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
X		2021		280.000	280.000				Planungskosten zur Herstellung der Baugenehmigungsfähigkeit LP 1-4 HOAI
X		2021		20.000	20.000				Plausibilitätsprüfung
X		2021	Deckung IM-Mittel			300.000	1.05279		IM Ausbauprogramm 48/90
	X	2021		102.103	102.103				Reservierungsgebühr Zuschuss an Eigentümer
	X	2021	Deckung CO-Mittel			102.103			CO Ausbauprogramm 2021
Summe einmalige Kosten:				402.103	402.103	402.103			

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:
 HMS-Auswertung erfolgte ohne Ausnahmereiche.

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)
Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0526 vom 21.12.2017 zum Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 2018 bis 2021 bleibt das Versorgungsziel für Kinder unter 3 Jahren bei 48 % während das Versorgungsziel für Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt von 85 % auf 90 % angehoben wird.
Am Standort Hellmundstraße 13-15 im Wiesbadener Westend soll eine Kindertagesstätte mit 5 Gruppen errichtet werden. Hierfür wird das Grundstück inkl. Gebäuden von der Stadt angemietet und umgebaut bzw. ein Neubau erstellt. Mit dieser Vorlage wird die Planung der Kindertagesstätte, die Bereitstellung von Planungsmitteln sowie ein Zuschuss für die Reservierung an den Eigentümer beschlossen.

Anlagen:

1. Stvv-Beschluss Nr. 0526 vom 21.12.2017
2. Übersicht Ausbauprogramm 48/90
3. Stvv-Beschluss Nr. 0235 vom 17.09.2020
4. Stvv-Beschluss Nr. 0271 vom 27.06.2019

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:
 - 1.1 Die Stadtverordnetenversammlung hat am 21.12.2017 mit Beschluss Nr. 0526 bestätigt, das Versorgungsziel von 48 % für Kinder unter 3 Jahren beizubehalten und das Versorgungsziel für Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt von 85 % auf 90 % anzuheben und den Ausbau zur Erreichung dieses Zieles beschlossen (Anlagen 1 und 2).
 - 1.2 Die Stadtverordnetenversammlung hat am 27.06.2019 mit Beschluss Nr. 0271 der Errichtung einer 5-gruppigen Kindertagesstätte am Standort Hellmundstraße 13-15 in Trägerschaft von FRÖBEL Bildung und Erziehung gGmbH zugestimmt. Der Eigentümer der Liegenschaft sollte dort eine Kita bauen und diese an den Betreiber vermieten (Anlage 4).
 - 1.3 Die Umsetzung der Maßnahme durch den Eigentümer konnte wegen der von den finanzierenden Kreditinstituten geforderten Garantieerklärungen so nicht umgesetzt werden.
 - 1.4 Es wurde eine Machbarkeitsstudie für die Errichtung einer Kindertagesstätte in der Hellmundstraße 13-15 durch Dez. VI/51 beauftragt und von Dez IV/64 vorgelegt. Hierbei werden Teile der bestehenden Bebauung umgebaut, im hinteren Bereich bestehende Gebäude abgerissen und ein Neubau errichtet. Die geschätzten Gesamtkosten belaufen sich auf 4.200.000 €.
 - 1.5 Die für die Kita-Planung erforderlichen bestehenden Teile des Grundstückes bzw. der Gebäude (Hinterhaus und ein Teil des Vorderhauses) sollen von der Stadt für die Dauer von 30 Jahren zu einem Mietzins von monatlich 8.508,54 € (7.027,21 € Kaltmiete inkl. 1.481,33 € Nebenkosten) angemietet werden.

Ab Januar 2021 bis zum Abschluss der Planungsphase und der Genehmigung der Maßnahme in einer 2. Ausführungsvorlage erhält der Eigentümer einen Zuschussvertrag für 12 Monate über eine Reservierungsgebühr als Gegenleistung für entgangene Mieteinnahmen. Der Zuschussvertrag endet spätestens mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Umsetzung des Projektes. Im Anschluss wird ein Mietvertrag über die Dauer der Bauzeit abgeschlossen. Die Mietkosten sind im Rahmen der Betriebskosten in der Ausführungsvorlage zu erfassen.

1.6 Die Trägerschaft der Kindertagesstätte soll nunmehr die Stadt übernehmen.

2. Es wird beschlossen:

- 2.1 Am Standort Hellmundstraße 13-15 soll eine 5-gruppige Kindertagesstätte unter Trägerschaft der Stadt errichtet werden.
- 2.2 Dezernat VI/51 wird ermächtigt, Dezernat IV/64 mit der weiteren Abwicklung und damit der Planung zunächst für die Leistungsphasen 1-4 HOAI zur Erlangung einer genehmigungsfähigen Bauplanung mit Kosten in Höhe von 280.000 € brutto zu beauftragen.
- 2.3 Die Bauplanung wird hinsichtlich der Plausibilität durch den Magistrat (Dezernat I/14) geprüft. Die Kosten belaufen sich auf 20.000 €.
- 2.4 Die Deckung der IM-Kosten (Ziffer 2.2 und 2.3) erfolgt in Höhe von 300.000 € aus dem städtischen Ausbauprogramm PSP I.05279 „51 Krippenausbau 2020-2021 INV“ im Budget des Dezernates VI/51. Der nach Verfügung des Kämmers vom 18.03.2020 Sperrvermerk im Projekt I.05279 über einen Betrag von 3,5 Mio. € wurde durch Beschluss Nr. 0235 der Stadtverordnetenversammlung vom 17.09.2020 aufgehoben (Anlage 3). Ebenso ist der Sperrvermerk im Kontext mit der Refinanzierung durch die geplante Einnahme in Höhe von 2,5 Mio. aus der sog. Heimatumlage des Landes Hessen aufzuheben, da diese Einnahme nicht realisiert werden kann. Die erhöhten Förderpauschalen nach dem HKJGB decken nicht die sich aus der Gesetzesänderung ergebenden CO-Kosten. Deshalb steht die geplante Einnahme zur Deckung des IM-Programms nicht zur Verfügung.
- 2.5 Dezernat VI/51 wird beauftragt, mit dem Eigentümer einen Zuschussvertrag über eine Reservierungsgebühr während der Planungs- und Bauphase in Höhe von 8.508,54 € monatlich ab 01.01.2021 für die Dauer von bis zu 12 Monaten, insgesamt 102.103 € in 2021 abzuschließen. Die CO-Mittel werden aus dem Ausbaubudget 2021 im Budget des Dezernates VI gedeckt.
- 2.6 Aufgrund der schwierigen Versorgungslage mit Betreuungsplätzen in Wiesbaden und zur Sicherung des Mietobjektes wird Dezernat VI/51 ermächtigt nach Beschluss durch den Magistrat und vor Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung sowie Genehmigung des Haushaltes 2021 durch die Aufsichtsbehörde die Bauplanung zu beauftragen (Ziffer 2.2) und einen Vertrag mit dem Eigentümer abzuschließen (Ziffer 2.6).
- 2.7 Dezernat VI/51 wird beauftragt, nach Abschluss der Vorplanung eine Ausführungsvorlage vorzulegen.
- 2.8 Der Magistrat Dezernat VI/51 in Verbindung mit Dezernat III/20 wird beauftragt, die haushaltstechnische Umsetzung vorzunehmen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 19.02.2021

Abteilung 5102

Duschek (2652/Du)

51.4 dezentrale
Steuerungsunterstützung
(4261/bu)

Manjura
Stadtrat

Nehrbaß
Stadtrat